

WOHNUNGSNOT UND „ENTGLEISTE WOHNUNGSPOLITIK“



Ein Monstrum in Beton für Investoren aus aller Welt: Die Westarkaden

„Einzimmer-Apartments für 670.000 Euro, 21.000 leerstehende Wohnungen, die nur als Investment dienen, allein in der City: In London leidet inzwischen selbst die gehobene Mittelschicht unter Wohnungsnot. Seit dem Brand des Grenfell Towers organisieren sich Aktivisten gegen die entgleiste britische Wohnungspolitik.“ So der Ankündigungstext einer Sendung von Arte unter dem Titel „Wohnungsnot in London. Nur Platz für Millionäre?“

Siehe das Video in der Arte-Mediathek (dort noch verfügbar bis zum 12.01.2017): <https://www.arte.tv/de/videos/072509-015-A/re-nur-platz-fuer-millionaere/>

Die Schweigemärsche zu Ehren der Toten des Grenfell Towers sind in London inzwischen zu einem Forum für Aktivisten geworden, die eine neue Politik gegen die extreme Wohnungsnot in London fordern. Sie sind Teil einer stark wachsenden politischen Bewegung in der britischen Hauptstadt, die sich gegen Wahnsinnsmieten und Wohnungskäufe als Investment wehrt. Versämnisse der Politik sowie Verstrickungen von Londoner Politikern und Gemeinderäten mit Investmentfirmen kommen ans Licht. „Die Wut der Menschen wird weiter hoch kochen, solange sie den Eindruck haben, dass sich nichts ändern wird“ heißt es am Ende in dem Beitrag.

Das erinnert sehr an Freiburg: Günstiger Wohnraum wird abgerissen, um lukrativere, teure, neue Wohnungen schaffen zu können. Selbst soziale Bauträger und Genossenschaften verfahren so (siehe vor wenigen Jahren in der Joh.-Seb.-Bach-Straße oder

heute in der Quäkerstraße), obwohl sich Bewohner und Mieter dagegen wehren. Projektentwicklern wird das Feld überlassen, die für internationale Investmentfonds bauen, und der OB dieser Stadt verkündet als Festredner der Jubiläumsveranstaltung der größten Freiburger Bauträgersgesellschaft öffentlich, dass er sich „noch mehr Unmüssigs in der Stadt“ wünschen würde.

Engagierte Bürger in den Gemeinderat

Freiburg Lebenswert



Für einen konsensorientierten
Perspektivplan zur Stadtentwicklung